

„Nein“ zu Nordstream 2

Antragssteller*innen: DIE LINKE. KV Herne / Wanne-Eickel – Edith Bartelmus-Scholich, Delegierte LAG Tierschutz – Bert Rozowski – Ida Johanna Paul – Zeki Gökhan, Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestag – Anja Vorspel, Fraktionssprecherin Linksfraktion Düsseldorf – Django Schins, Kreisverband Städteregion Aachen – Andrea Mobini Kesheh – Fabian Stoffel – Wiebke Köllner, Mitglied im Landesvorstand – Thorsten Beuß – Dominik Goertz – Julien Gribaa – Hans-Werner Elbracht – Dr. Bastian Reichardt, Kreissprecher DIE LINKE. Rhein-Sieg – Sascha Wagner – Frank Scheffler – Reinhold Leuschner – Linus van Dorp

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. NRW spricht sich gegen eine Inbetriebnahme der Erdgas-Pipeline *Nordstream 2* aus. Insbesondere werden Mandats- und Funktionsträger*innen der Partei dazu aufgerufen, diesen Beschluss auch so in die Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Begründung:

Unser Bundesparteitag hat am 26. Juni bereits Folgendes beschlossen:

„Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken, müssen ausgenutzt werden. Auch den Import von umweltschädlichem Fracking-Gas lehnen wir ab. Es ist richtig, dass angesichts des Ukrainekrieges Nordstream 2 nicht in Betrieb genommen wird.“

Einerseits wird in diesem Beschluss deutlich, dass DIE LINKE eine möglichst schnelle generelle Abkehr von fossilen Brennstoffen befürwortet. Andererseits macht er auch klar, dass wir uns als linke Partei gegen das rechtsradikale und kriegerische Putin-Regime stellen. Von einer Öffnung der Pipeline *Nordstream 2* würde momentan nur eine Seite profitieren: Nämlich das Putin-Regime. Die aktuell reduzierte Importmenge hat nichts mit den momentan zur Verfügung stehenden Transportkapazitäten zu tun. Mit einer Inbetriebnahme der Pipeline würden wir die möglichen Transportkapazitäten sogar auf einen Wert steigern, der deutlich über jenem von vor dem Ukraine-Krieg liegt. Das wäre sowohl klima- als auch außenpolitisch eine Katastrophe. Eine Gasmangellage zeichnet sich für den kommenden Winter nicht ab, da die Gasspeicher den geplanten Füllstand aufweisen.

Obwohl unsere Beschlusslage dazu eigentlich eindeutig ist, äußert ein Teil unserer MdB öffentlich Gegenteiliges und handelt damit grob parteischädigend. Dazu gehören aus der Landesgruppe NRW unter anderem Sahra Wagenknecht und Christian Leye. Wir fordern alle Mandats- und Funktionsträger*innen unserer Partei dazu auf, sich an die diesbezügliche Beschlusslage zu halten.